

ZUSAMMENFASSUNG

Das Sozialistengesetz wurde in Württemberg bis Herbst 1881 tendenziell mit gleicher Schärfe gehandhabt wie anderswo im Reich. Da jedoch die Anhängerschaft der Sozialdemokratie in Württemberg zahlenmäßig unter dem Reichsdurchschnitt lag, waren hier die repressiven Maßnahmen nicht so häufig. Im allgemeinen bemühten die württembergischen Behörden sich um peinlich genaue Anwendung des Gesetzes. Im Vollzug der sozialistengesetzlichen Unterdrückung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen kam es nach 1878/79 nur noch einmal, 1881, zu einem von den württembergischen Behörden erlassenen Organisationsverbot. Fast immer waren durch Sozialdemokraten einberufene Versammlungen betroffen.

Die Zensur gegenüber sozialdemokratischen Schriften und Flugblättern war scharf. In einigen Städten wie Göppingen, Heilbronn und Reutlingen gingen Staatsanwälte und Polizei sogar über die vom Gesetz gesteckten Grenzen hinaus; die Folge waren überlange Untersuchungshaft und nicht öffentlich geführte Prozesse. Doch gab es innerhalb der württembergischen Justiz auch Richter, denen mehr an der Wahrung des Rechts als am politischen Ziel einer ausnahmerechtlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie lag. Jedenfalls bewirkten zwei Stuttgarter Gerichtsurteile im Herbst 1878 und im Winter 1879, daß den württembergischen Sozialdemokraten eine eigene Zeitung und eine eigene Druckerei (die Stuttgarter Genossenschaftsbuchdruckerei) verblieb und den Behörden der Zugriff darauf vorerst genommen war. Erst 1881 gelang es, die Zeitung der württembergischen Sozialdemokratie, das "Vaterland", auf Dauer zu verbieten, eine Maßnahme, mit der das Innenministerium die Möglichkeit einer legalen Wahlagitation im Reichstagswahlkampf ausschalten wollte.

Mit Beginn der von Bismarck ausgehenden Sozialreform (1881) ist in Württemberg wie andernorts eine mildere Handhabung des Sozialistengesetzes zu beobachten. Sozialdemokratische Versammlungen wurden jetzt nicht mehr generell verboten, und

seit Frühjahr 1882 konnte sogar wieder eine sozialdemokratische Zeitung, das neugegründete "Schwäbische Wochenblatt", erscheinen. Repressive Maßnahmen blieben im folgenden der Polizei und einzelnen Staatsanwälten überlassen. Allerdings zeigte die staatliche Zensur sich nach wie vor als sehr streng, und in den Zeiten der Reichstagswahlen (1884, 1887) besann man sich erneut auf das Verbot sozialdemokratisch geführter Versammlungen.

Die "verschärfte" Praxis des Sozialistengesetzes (1886-1889) wirkte sich in Württemberg ebenfalls weniger stark aus als in den übrigen Staaten des Reichs. Zwar versuchten württembergische Polizeiorgane, etwa nach dem Vorbild des benachbarten Badens, durch umfangreiche Untersuchungen Belastungsmaterial für einen großangelegten Geheimbundprozeß zusammenzutragen. Sie erreichten jedoch nicht mehr, als daß 1888 in Stuttgart drei Sozialdemokraten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Schon seit 1882 hatte die württembergische Justiz nur wenig Engagement gezeigt, Sozialdemokraten einer Verurteilung zuzuführen. Längere Haftstrafen wurden in der Regel nur wegen illegaler Verbreitung sozialistengesetzlich verbotener Schriften ausgesprochen. So scheiterte 1888 die Stuttgarter Polizei im Bemühen, ein Verbot der neu entstandenen legalen sozialdemokratischen Wahlvereine und ähnlicher Organisationen zu erwirken, sogar an den vorgesetzten Verwaltungsbehörden, die die Ausführungsbestimmungen des Sozialistengesetzes politischer Opportunität aufopferten. In diesem Sinn gab die Ludwigsburger Kreisregierung im November 1888 die Anordnung heraus, von einem Verbot sozialdemokratischer Organisationen abzusehen, um im Vorfeld des Landtagswahlkampfes Sympatiesolidarisierungen mit den Sozialdemokraten zu vermeiden. Das seiner klassenkämpferischen Schreibweise wegen berüchtigte "Schwäbische Wochenblatt" wurde deshalb zu diesem Zeitpunkt lediglich verwarnt und nicht verboten.

Ab 1889 nahm die staatliche Repression weiterhin ab, die Sozialdemokraten konnten zunehmend offener auftreten und im Sommer 1889 sogar ihre Landesversammlung öffentlich abhalten.

Aber auch jetzt noch behinderte in Württemberg die staatliche Zensur die sozialdemokratische Agitation erheblich und unterdrückte bis zum Fall des Sozialistengesetzes die Verbreitung vor allem klassenkämpferischer, marxistischer Druckschriften. Der Wunsch der Stuttgarter Polizei nach Geheimpolizisten wurde nie erfüllt, sodaß schon von daher die Verfolgung der Sozialdemokraten nicht so scharf sein konnte wie etwa in Preußen, doch führten auch in Württemberg Denunziationen durch Polizeispitzel zur Verurteilung einzelner Sozialdemokraten, hauptsächlich wegen ihrer Mitarbeit im geheimen, sozialdemokratischen Vertriebssystem des in Zürich erscheinenden "Sozialdemokrat". Besonders stark war der Druck der Behörden und der Polizei in Göppingen, Geislingen, Ulm und Heilbronn, vergleichsweise schwach in Eßlingen. Hier fanden aus diesem Grund die meisten geheimen Landesversammlungen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen statt.

Die weniger strenge Handhabung des Sozialistengesetzes in Württemberg seit Herbst 1881 hatte verschiedene Ursachen. Der württembergische König sah nach Abklingen der Attentatshysterie von 1878 in der schwach entwickelten württembergischen sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) keine ernstzunehmende Gefahr mehr. Ministerpräsident v. Mittnacht hat das Sozialistengesetz wohl von Anfang an, spätestens aber schon nach wenigen Jahren für ungeeignet gehalten, die Sozialdemokraten in ihrem Wachstum zu hemmen und ihren politischen Einfluß zu zerstören. Zunehmend trat er deshalb für die Bekämpfung der Sozialdemokraten durch die Einschränkung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts im Reich ein. Damit wollte er auch die beiden anderen Oppositionsparteien, die Volkspartei und das Zentrum, schwächen. Intern plädierte Mittnacht gegenüber Bismarck und seinen Nachfolgern für einen Staatsstreich zur Einschränkung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und zu einer gegebenenfalls blutigen Niederschlagung dadurch ausgelöster sozialdemokratischer Aufstände. Zur gleichen Zeit verfolgte Mittnacht in Württemberg allerdings eine Politik des Ausgleichs, weil er die

Initiative für einen Staatsstreich bei der Reichsleitung sah und nicht bei Württemberg. Im Bundesrat leistete Mittnacht keinen Widerstand gegen die wiederholten Verlängerungen des Sozialistengesetzes und die mehrfach von Preußen beantragten Verschärfungen, da er rechtsstaatliche Bedenken und Zweifel an der Wirksamkeit des Gesetzes der bundesstaatlichen Rücksichtnahme auf die Reichsregierung unterordnete.

In radikaldemokratischer Opposition zur bestehenden staatlichen Ordnung standen 1878 im Württemberg neben den Sozialdemokraten nur noch die Demokraten der Volkspartei. Ihre Parteizeitung, der "Beobachter", hatte das Sozialistengesetz bereits 1878 als reaktionär, antidemokratisch und bonapartistisch charakterisiert und vor einer Verpreuung gewarnt. Mit ihrer Opposition gegen das Sozialistengesetz hatte die Volkspartei das Risiko von Mandatsverlusten bei Reichstagswahlen in Kauf genommen. Eine Pressekampagne des "Beobachters" ab Anfang Juni 1881 führte dazu, daß rechtswidrige Übergriffe der württembergischen Justiz gegen Sozialdemokraten noch im gleichen Monat eingestellt wurden. Es muß angenommen werden, daß die württembergische Regierung intern mäßigend auf Scharfmacher unter Staatsanwälten und Richtern eingewirkt hat, so wie es der "Beobachter" gefordert hatte, denn die Praxis massenhafter, überlanger Untersuchungshaft gegen Sozialdemokraten ohne darauffolgende Anklageerhebung und von Geheimprozessen gegen Sozialdemokraten fand im Juni 1881 ein abruptes Ende.

Mit Ausnahme der Volkspartei ordneten alle anderen bürgerlichen Parteien in Württemberg ihre Haltung zum Sozialistengesetz parteipolitischer Opportunität unter. 1878 hatten die württembergischen Liberalen der Deutschen Partei dem Sozialistengesetz zugestimmt unter dem Druck des Umschwungs der öffentlichen Meinung nach rechts, den das zweite Attentat auf den Kaiser vom 2. Juni 1878 ausgelöst hatte. Die Sicherung der Abgeordnetenmandate war ein gewichtigeres Argument als das Prinzip der Rechtsgleichheit. Die drei führenden nationalliberal orientierten Zeitungen in Württemberg,

der "Schwäbische Merkur", das "Neue Tagblatt" und der "Schwarzwälder Bote" hatten im Juni 1878 ihre Ablehnung bzw. Zurückhaltung gegenüber einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie aufgegeben und plädierten nun für eine scharfe Bekämpfung der Sozialdemokraten. Der Zerfall des politischen Liberalismus läßt sich am Beispiel des Stuttgarter nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Julius Hölder besonders deutlich aufzeigen. Hölder warf im Zuge der Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses nach rechts seine liberalen rechtsstaatlichen Bedenken über Bord. Wie fast alle Nationalliberalen hatte er im Mai 1878 noch gegen die erste Sozialistengesetzvorlage gestimmt. Nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser vom 2. Juni 1878 konnte er seine Wiederwahl bei der Reichstagswahl vom 30. Juli 1878 nur dadurch sichern, daß er seine Zustimmung zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie in Aussicht stellte. Hölder, der bereits im Reichstagswahlkampf von 1877 den Einsatz der Armee gegen die Sozialdemokraten als die "inneren Feinde" nicht ausgeschlossen hatte, plädierte nach Verabschiedung des Sozialistengesetzes für dessen strikte Anwendung. Nach seinem Amtsantritt im Herbst 1881 als württembergischer Innenminister, zu dessen Ressort die Oberaufsicht über die Anwendung des Sozialistengesetzes im Land gehörte, war Hölder bestrebt, bei Vermeidung unnötiger Konfrontationen, doch zu jedem Zeitpunkt mit Festigkeit die Autorität des Staatsapparats zu demonstrieren und nicht in Zweifel ziehen zu lassen. Hölders politische Entwicklung ist kennzeichnend für die Hinwendung der Mehrheit des württembergischen Bürgertums zum Konservatismus in den siebziger und achtziger Jahren. Zwei Dinge haben im Lauf der achtziger Jahre die öffentliche Meinung in Württemberg zum Sozialistengesetz nachhaltig beeinflusst. Einmal die Erfahrung, daß die SAP entgegen den Verdächtigungen während der Attentathysterie von 1878 eine friedfertige Partei war, die sich eindeutig von den Anarchisten distanzierte. Zum anderen die Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie aller ausnahmegesetzlichen Verfolgung zum Trotz stetig an Anhängerschaft zunahm. Es fällt auf, daß in

den drei o.g. nationalliberal orientierten württembergischen Zeitungen keine rechtsstaatlichen Einwände gegen die 1887 und 1889 von Preußen beantragten Verschärfungen des Sozialistengesetzes gemacht worden sind. Vielmehr war ihre Haltung zur Verlängerung des Sozialistengesetzes wie in den Jahren zuvor von parteipolitischen Opportunitätserwägungen bestimmt. 1890 bestanden in liberal-konservativen Kreisen in Württemberg unüberbrückbare Differenzen in der Frage der Bekämpfung der Sozialdemokraten. Anfang 1890 plädierte von den drei vorgenannten Zeitungen nur noch der "Schwäbischer Bote" für die Beibehaltung und Verschärfung des Sozialistengesetzes. Dagegen waren die als Meinungsführer in Württemberg bedeutenderen beiden Stuttgarter Blätter "Schwäbischer Merkur" und "Neues Tagblatt" für die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Dieser Meinungsumschwung der Presse fand jedoch keine Entsprechung im Abstimmungsverhalten der württembergischen konservativen und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten. Diese stimmten im Januar 1890 ausnahmslos für ein verschärftes Sozialistengesetz als Dauereinrichtung. Damit entsprachen sie aber nicht mehr dem Mehrheitswillen der württembergischen Wähler. So konnte die Volkspartei bei der Reichstagswahl im Februar 1890 den Liberal-Konservativen neun ihrer dreizehn Mandate abnehmen.

Die württembergischen Zentrumsabgeordneten stimmten anfangs geschlossen gegen das Sozialistengesetz. Doch bei den im Verlauf der achtziger Jahre anstehenden Verlängerungen des Gesetzes stimmten die adeligen württembergischen Zentrumsabgeordneten mehrfach für die Verlängerung, während die bürgerlichen Zentrumsabgeordneten stets dagegen stimmten. Ursache für diese innerparteiliche Meinungsverschiedenheit war die Taktik der Gesamtpartei, einen Tauschhandel anzustreben, bei dem die Zustimmung zur Verlängerung des Sozialistengesetzes der Preis für die Einstellung des Kulturkampfes sein sollte. Erst 1890 stimmte keiner der vier württembergischen Zentrumsabgeordneten mehr für das Sozialistengesetz.

Die Unternehmer haben sozialdemokratische Arbeiter in Württemberg unter dem Sozialistengesetz nur an einzelnen Orten systematisch verfolgt: In Geislingen, wo zwei Unternehmen den Arbeitsmarkt beherrschten, kam es regelmäßig zu Entlassungen einzelner Arbeiter, wenn bekannt wurde, daß sie sich für die Sozialdemokratie engagiert hatten, Im übrigen Land kam es häufig zu Entlassungen von sozialdemokratischen Arbeitern, nicht selten sogar durch Fabrikanten, die der oppositionellen Volkspartei angehörten.

Die Unternehmer suchten die Arbeiter von den sozialdemokratisch orientierten Fachvereinen fernzuhalten, die sich in den achtziger Jahren als Ersatz für die verbotenen sozialistischen Gewerkschaften gebildet hatten. Dagegen wurden unpolitische, sozialpartnerschaftlich orientierte Arbeiterorganisationen geduldet, wie etwa die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Auch förderten die Unternehmer den unpolitischen Stuttgarter Arbeiterbildungsverein, der am 18. November 1878 durch Satzungsänderung den Ausschluß von Sozialdemokraten beschloß. So fand die ausnahmegesetzliche Bekämpfung der Sozialdemokraten ihre Fortsetzung im Vereinswesen.

Die in den Entwürfen der Sozialgesetze zu Beginn der achtziger Jahre vorgesehene Beteiligung der Arbeiter in den Selbstverwaltungsgremien versuchten die württembergischen Unternehmer zu unterlaufen und bildeten zu diesem Zweck z.B. 1884 mit ausdrücklicher Billigung der württembergischen Regierung einen "Verein zur Förderung der Arbeiterversorgung", dem 259 Industrie- und 32 Gewerbebetriebe beitraten. Der Verein empfahl den Unternehmern die Gründung eigener Betriebskrankenkassen.

Seit 1880 hatten die Stuttgarter Schreiner in einer Reihe von erfolgreichen Lohnbewegungen und Streiks Kampferfahrungen gesammelt und mit dem Fachverein der Schreiner eine neue gewerkschaftliche Organisation aufgebaut. Sie verteidigten den Zehnstudententag und setzten Lohnerhöhungen durch. 1883 reagierten die Unternehmer auf neuerliche Lohnforderungen und den Streik von 128 Arbeitern einer Fabrik mit der Aus-

sperrung von insgesamt 720 Arbeitern in den übrigen Stuttgarter Möbelfabriken. Nach sechswöchiger Streikdauer mußten die Unternehmer die Streikkommission der Arbeiter unter Führung des Schreiner-Fachvereinsvorsitzenden Karl Kloß als Verhandlungspartner akzeptieren und eine 6 %ige Lohnerhöhung sowie Zulagen für Überstundenarbeit bewilligen. Der Streik war erfolgreich verlaufen, weil die Stuttgarter Schreiner von auswärtigen Schreibern und württembergischen Arbeitern anderer Branchen beträchtliche Unterstützungsgelder erhalten hatten, insgesamt über 20 000 Reichs-Mark.

Der Stuttgarter Schreinerstreik von 1883 förderte nachhaltig den Aufschwung der Fachvereinsbewegung in Württemberg und darüber hinaus im ganzen Reich. Stuttgart war für einige Wochen zum Zentrum der klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik im Reich geworden. Der Fachverein der Schreiner war zum organisatorischen Zentrum der deutschen Tischlerbewegung geworden. Von ihm ging die Initiative aus zur Schaffung eines gewerkschaftlichen Zentralverbandes, dessen Notwendigkeit während des Stuttgarter Streiks deutlich geworden war. Sitz des Ende 1883 gegründeten Tischler-Zentralverbandes wurde Stuttgart. Vorsitzender wurde Karl Kloß. Nach diesem Vorbild gründeten die Buchbinder 1884 einen gewerkschaftlichen Zentralverband unter Vorsitz von Adam Dietrich mit Sitz ebenfalls in Stuttgart. Beide, Dietrich und Kloß, waren gleichzeitig führend in der illegalen württembergischen sozialdemokratischen Partei tätig. Die Zentralverbände der Tischler und der Buchbinder widerstanden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dem preußischen Druck, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen. Anders als die Tischler und Buchbinder verhielten sich die Buchdrucker. Sie hatten bereits im Herbst 1878 nach Erlaß des Sozialistengesetzes Stuttgart zum Zufluchtsort der Nachfolgeorganisation der Buchdrucker-gewerkschaft gemacht. Der Unterstützungsverband deutscher Buchdrucker (UVDB) hatte sich durch Entpolitisierung vollständig den Bedingungen unter dem Sozialistengesetz angepaßt. Er verhielt sich in Lohnfragen passiv und entwickelte statt dessen ein Netz freiwilliger Hilfskassen. Der UVDB

genoß das Wohlwollen der württembergischen Regierung und des etablierten Stuttgarter Bürgertums. Nur eine kleine Minderheit seiner Mitglieder waren Sozialdemokraten. Seit 1885 hatte der UVDB angesichts der Erfolge der sozialdemokratisch orientierten Fachvereine seine antisozialistische Frontstellung aufgegeben und sich stärker der Durchsetzung ökonomischer Forderungen gegenüber den Unternehmern zuwenden müssen. 1888 fügte sich der UVDB der Forderung des Berliner Polizeipräsidenten, seinen Sitz nach Berlin zu verlegen.

Auf die steile Aufwärtsentwicklung der württembergischen sozialistischen Fachvereinsbewegung folgte in den Jahren danach ein verlangsamtes Wachstum. Planmäßig regten die württembergischen Sozialdemokraten die Gründung neuer Fachvereine für immer mehr Branchen an. Weil der Tischlerverband die Taktik verfolgte, nur Abwehrstreiks finanziell zu unterstützen, kam es zwischen 1884 und 1890 zu keinen weiteren Streikbewegungen der Stuttgarter Schreiner. Arbeitskämpfe gab es in Württemberg bis 1890 nur noch in Branchen mit weniger kampfstarken Fachvereinen. Nach 1883 stand Württemberg nicht mehr im Zentrum der in großen Arbeitskämpfen sich formierenden sozialistischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Entwicklung der württembergischen Sozialdemokratie vor bzw. für die Zeit nach dem Sozialistengesetz ist von Wolfgang Schmlarzer und Maja Christ-Gmelin bearbeitet worden. Sie haben beide übereinstimmend die Hypothese aufgestellt, die württembergische Sozialdemokratie habe sich in den Jahren des Sozialistengesetzes als ausschließlich reformerische Partei fortentwickelt und sei bereits vor den neunziger Jahren, in denen sich in der württembergischen SPD der Reformismus als die dominierende innerparteiliche Strömung durchgesetzt hat, reformistisch prädisponiert gewesen. Diese Hypothese konnte nicht bestätigt werden. Die vorliegende Untersuchung kommt zu einem inhaltlich eher gegenteiligen Ergebnis: In den Jahren unter dem Sozialistengesetz entwickelten sich die marxistisch-revolutionären Kräfte zur dominieren-

renden Strömung innerhalb der württembergischen Partei. Die dezidiert marxistische Flugblattagitration der württembergischen SPD zwischen 1890 und 1895 war also vorbereitet durch den Sieg der Marxisten bereits vor 1890. Für die Zeit des Sozialistengesetzes sind folgende Sonderbedingungen zu berücksichtigen: Das Wechselspiel von legaler und illegaler Parteiarbeit bewirkte unterschiedliche Präsentationsweisen der Sozialdemokratie. Partei-offizielle Verlautbarungen mußten im Hinblick auf die staatliche Zensur meist vorsichtig formuliert werden. Eine freie Aussprache über innerparteiliche Kontroversen ohne Rücksicht auf die Zensur konnte bis zum Ende des Sozialistengesetzes nur im "Sozialdemokrat" geführt werden, der in Zürich erschien. Er wurde in beträchtlichen Mengen illegal nach Württemberg eingeführt und verbreitet. Die in dieser wöchentlich erscheinenden Parteizeitung abgedruckten Beiträge württembergischer Genossen belegen, daß sich in der württembergischen SAP die klassenkämpferischen, marxistischen Kräfte im Lauf der achtziger Jahre als die die Praxis der Partei prägende Gruppe durchgesetzt haben. Diese standen Reformen positiv gegenüber, wenn sie geeignet waren, die Arbeits- und sonstigen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern oder die politischen Freiheiten zu erweitern. Wie August Bebel, der in den achtziger Jahren bei den württembergischen Sozialdemokraten eine alle anderen Parteiführer bei weitem übertreffende Popularität gewann, ordneten die Marxisten in der württembergischen SAP diese Reformziele den revolutionären Zielen der Durchsetzung der demokratischen Republik und des Sozialismus unter.

Nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes und damit der Illegalisierung der SAP und der sozialistischen Gewerkschaften, hielten die Sozialdemokraten, vor allem in den größeren Mitgliedschaften, den Zusammenhalt untereinander aufrecht. Die staatliche Repression bewirkte bei der Parteibasis eine Radikalisierung, die sich u.a. in der Besinnung auf die revolutionären Traditionen der 48er Revolution und der Pariser Kommune ausdrückte, andererseits aber auch in der Hin-

wendung zu dem Radikalismus von Johann Most, der sich fortschreitend zum Anarchismus hin entwickelte. So gebrauchten die württembergischen Sozialdemokraten in ihrer im Frühjahr 1880 beginnenden Flugblattagitration eine sehr scharfe Sprache. Ihrem Groll über die staatliche Unterdrückung verschafften sie sich damit Luft und versuchten so die Anhänger der Mostschen Richtung wieder fester an die Partei zu binden. Dies hatte Erfolg.

Nach dem Wüdener Parteikongreß (August 1880) haben die württembergischen Sozialdemokraten die Gründung neuer legaler Organisationen in Angriff genommen und sich konsequent auf die Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes von 1881 orientiert. Bei der Wahl konnten sie ihr Ergebnis von 1878 leicht verbessern. Auch hatten sie begonnen, ihre Stützpunkte außerhalb ihrer größeren Zentren zu reorganisieren.

Hetzjagden auf andernorts ausgewiesene Sozialdemokraten gab es in Württemberg im Gegensatz zu anderen Einzelstaaten nie. Dies hatte zur Folge, daß Stuttgart in den achtziger Jahren zum Zufluchtsort vieler Sozialdemokraten wurde. Im September 1881 erfolgte auf Initiative von Karl Höchberg die Verlegung der Reste der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei nach Stuttgart, unter Leitung des aus Leipzig ausgewiesenen Franz Goldhausen. Damit wurde Stuttgart auch zu einem Zentrum sozialdemokratischer Druck- und Verlagstätigkeit. Verlag und Druckerei wurden Ende 1881 von Johann Heinrich Wilhelm Dietz übernommen, einem sozialdemokratischen Verleger, der aus Hamburg ausgewiesen und dort in den Reichstag gewählt worden war. Sein Verlag bot den aus Leipzig bzw. Hamburg ausgewiesenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bruno Geiser und Wilhelm Blos ausreichende Verdienstmöglichkeiten, als sie Anfang 1882 bzw. im Frühjahr 1883 nach Stuttgart übersiedelten. Beide waren Exponenten der gemäßigten opportunistischen Richtung in der SAP. Von Februar bis August 1883 hielt sich außerdem der führende Theoretiker der marxistischen Richtung innerhalb der SAP, Karl Kautsky, in Stuttgart auf. Er übernahm die Redaktion der im Dietzschens

Verlag erscheinenden, neugegründeten sozialistischen Theoriezeitschrift "Die Neue Zeit". Von Februar 1882 bis Ende 1883 lebte Hermann Schlüter, ein weiterer bedeutender Marxist, in Stuttgart. Damit waren 1883 führende Exponenten der radikalen, marxistischen sowie der gemäßigten, opportunistischen Richtung in Stuttgart versammelt. Zur gleichen Zeit lebten dort Dr. Albrecht Dulk, ein prominenter Vertreter des ethischen Sozialismus, und Karl Kloß und Wilhelm Taute, zwei führende sozialdemokratische Verfechter einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik. 1883 hatte sich also eine Konstellation ergeben, die Stuttgart fortan - bis weit ins 20. Jahrhundert hinein - zu einem Zentrum sozialdemokratischer Theoriediskussion machte. Ende 1883 wurde der Tischlerverband unter Vorsitz des Sozialdemokraten Karl Kloß mit Sitz in Stuttgart gegründet. Damit war Stuttgart außerdem noch zu einem Zentrum sozialistischer Gewerkschaftspolitik geworden. Dies ist es bis heute geblieben.

Seit 1882 vollzog sich in der württembergischen SAP in einer Reihe heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen ein Klärungsprozeß, an dessen vorläufigem Ende - um 1889 - die marxistisch-klassenkämpferische Richtung der SAP über die anderen innerparteilichen Strömungen dominierte. An der Stuttgarter Parteibasis herrschte im August 1883 nach Karl Kautsky noch ein theoretisch wenig fundierter Radikalismus mit anarchistischem Einschlag. Erst im Verlauf der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde von der württembergischen SAP der Marxismus gründlicher rezipiert.

Nach einer Reorganisationsphase der württembergischen SAP bis 1880 traten radikale, klassenkämpferische Sozialdemokraten wie Georg Baßler und Moses Oppenheimer als Wortführer der Stuttgarter SAP in Erscheinung. Dr. Albert Dulk, bis 1878 der bedeutendste Repräsentant der Sozialdemokratie im Land, war zwar noch einmal bei der Reichstagswahl von 1881 der Spitzenkandidat der württembergischen SAP, verlor aber zunehmend an Einfluß innerhalb der Partei. Dulk hatte sich nämlich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis seit 1880 noch stärker als vor Inkrafttreten des Sozialistenge-

setzes auf atheistische, freidenkerische Religionskritik konzentriert. Er war Initiator der 1882 gegründeten Stuttgarter Freidenkergemeinde, der sowohl bürgerliche als auch proletarische Mitglieder angehörten. Nach Dulk war die Befreiung vom kirchlichen Autoritätsglauben Voraussetzung für die politische und ökonomische Befreiung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In einer Kontroverse im "Sozialdemokrat" über die Haltung der sozialdemokratischen Partei zur Frage der Religion im Frühjahr 1884 warf Eduard Bernstein seinem Genossen Albert Dulk vor, er lenke mit seinen Vorstellungen vom Klassenkampf als der wichtigsten politischen Kampfaufgabe ab. Weil Dulk in der Stuttgarter SAP daraufhin keinen Rückhalt mehr fand, zog er sich von der aktiven Parteiarbeit zurück und verzichtete 1884 auf eine Kandidatur bei der Reichstagswahl.

Wilhelm Blos und Bruno Geiser, beide führende Vertreter des Opportunismus, traten unter Aufgabe des Klassenkampfgedankens für eine gemäßigte Taktik der Partei ein. Sie verbreiteten staatssozialistische Vorstellungen wie z.B. das "Recht auf Arbeit" und unterschieden sich von der überwiegenden Mehrheit der Stuttgarter Parteibasis durch eine freundlichere Beurteilung der staatlichen Politik der Sozialreform. Auch propagierten sie die Zusammenarbeit mit bürgerlichen politischen Kräften. In ihrem Bemühen, der marxistischen Richtung in der Partei ihre publizistischen Machtpositionen zu entreißen, fanden sie bei der württembergischen Parteibasis keine Unterstützung. In den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte der achtziger Jahre nahm die württembergische Parteibasis mehrfach Stellung für die klassenkämpferische, marxistische Richtung der SAP, d.h., für die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter Führung August Bebels und für die Redaktion des in Zürich erscheinenden "Sozialdemokrat". Die innerparteiliche Isolierung von Blos und Geiser in der Stuttgarter SAP wurde im Juli 1885 beim Aufenthalt Bebels in Stuttgart offenkundig, als beide einem Zusammentreffen mit Bebel aus dem Weg gingen, während dieser von den Stuttgar-

ter Genossen gefeiert wurde. Trotz massiver Kritik der Stuttgarter Parteilbasis beteiligte sich Bruno Geiser im Herbst 1885 an der Gründung der bürgerlichen "Friedensliga" in Stuttgart. Dabei arbeitete er offen mit maßgebenden Stuttgarter Nationalliberalen und Fabrikanten zusammen, die verschiedene Befürworter des Sozialistengesetzes waren. Die Stuttgarter SAP schloß sich August Bebel's Kritik an diesem opportunistischen Alleingang Geisers an und forderte an Stelle einer opportunistischen Zusammenarbeit mit dem Bürgertum den Klassenkampf. Wilhelm Blos dagegen agierte vorsichtiger als Bruno Geiser. Er machte einen taktischen Rückzieher und dementierte Presseberichte, denzufolge er ebenfalls, wie Geiser, zur Gründung der bürgerlichen "Friedensliga" in Stuttgart aufgerufen habe. 1886 scheiterte Blos bei dem Versuch, gegen den Widerstand Bebel's und anderer Exponenten der marxistischen Parteirichtung die von Karl Kautsky marxistisch redigierte, in Stuttgart erscheinende "Neue Zeit" unter seine Kontrolle zu bringen.

Die Periode der verschärften Anwendung des Sozialistengesetzes ab 1886 bewirkte die erneute Herausbildung eines radikalen Flügels in der württembergischen SAP, der für einen revolutionären, theoretisch wenig fundierten Aktivismus eintrat. Seine Anhänger wandten sich dagegen, durch Petitionen an den Reichstag und den Stuttgarter Gemeinderat für Reformziele der Arbeiterbewegung einzutreten. Wortführer des radikalen Flügels war der aus Leipzig ausgewiesene Schriftsetzer Franz Wiesinger, der vorübergehend eine große Anhängerschaft gewann, diese aber nach dem seit Frühjahr 1887 öffentlich ausgetragenen Parteistreit weitgehend verlor. Trotzdem wurde Wiesinger im Herbst 1887 als einer der württembergischen Delegierten zum Parteikongreß nach St. Gallen geschickt. Die zur Gewinnung einer größeren Anhängerschaft von ihm im November 1887 gegründete "Stuttgarter Gerichts-Zeitung" ging bereits im Januar 1888 wegen Geldmangels wieder ein, worauf Wiesinger Stuttgart verließ. Ein Teil seiner Anhänger bildete in Stuttgart danach eine anarchistische Gruppe, die im Frühjahr 1888 durch die Verur-

teilung ihrer wichtigsten Mitglieder zu Gefängnisstrafen zerschlagen wurde.

Den Marxismus hat die württembergische Sozialdemokratie erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nachhaltig rezipiert. Dies fand 1888 seinen Ausdruck in zwei marxistisch-klassenkämpferischen Artikeln im "Schwäbischen Wochenblatt". Die Redaktion wurde von der Zensurbehörde deswegen verwarnt. Auch bekannte sich Karl Kloß im Sommer 1889 eindeutig zum Marxismus, als er in Stuttgart vom internationalen Arbeiterkongreß in Paris berichtete, an dem er als einer der württembergischen Delegierten teilgenommen hatte. Unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde die marxistische Strömung in der Stuttgarter Partei verstärkt durch den Zuzug der drei führenden Marxisten Karl Kautsky, Leonhardt Tauscher und Joseph Belli. Die beiden letzteren waren im Ausland für den "Sozialdemokrat" tätig gewesen. Nur wenig später, 1891, zog die Marxistin Klara Zetkin nach Stuttgart.

Die Marxismus-Rezeption der württembergischen Sozialdemokratie erfolgte in den achtziger Jahren keineswegs geradlinig. Sie war vielmehr zu einem gut Teil geprägt durch den Theorie-Eklektizismus des Stuttgarter Schriftstellers und Journalisten Jacob Stern, der bis 1880 Rabbiner in Buttenhausen gewesen war. Er war über eine materialistische Religionskritik zum Sozialismus gelangt und eignete sich im Lauf der achtziger Jahre den historischen Materialismus an. Neben marxistischen Vorstellungen war Sterns Sozialismus durch utopische und idealistische Elemente geprägt. Stern behielt diesen Theorie-Eklektizismus bis in die neunziger Jahre hinein bei. Sein Marxismus-Verständnis war trotz einer nachhaltigen Rezeption der Marxschen Politökonomie insofern einseitig verzerrt, als er evolutionäre Momente des Marxismus gegenüber dessen revolutionärem Grundcharakter überbetonte. Stern trug damit zu einer einseitigen Fixierung der württembergischen Sozialdemokraten auf Erringung von Wahlerfolgen und auf Stärkung der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen bei. Wie viele seiner Zeitgenossen pro-

pagierte Jacob Stern die naive Idee von stetig zunehmenden sozialdemokratischen Wahlerfolgen, die jenen Punkt erreichen könnten, an dem die Sozialdemokratie über die notwendige Mehrheit im Reichstag verfüge, "um der Gesetzgebung ihre Bahnen vorzuzeichnen". Er übersah dabei, daß dem Reichstag im politischen System des zweiten deutschen Kaiserreichs keine vollen, ungeteilten Legislativkompetenzen zukamen, diese mithin erst auf dem Weg der Durchsetzung der Volkssouveränität zu erkämpfen waren. In seinen theoretischen Schriften trat Stern trotz der hier genannten Abweichungen vom Marxismus für die sozialistischen Ziele des proletarischen Klassenkampfes, die Beseitigung des Kapitalismus, den Aufbau des Sozialismus und schließlich die Aufhebung der Klassenunterschiede ein. Im Widerspruch dazu stand sein Cannstatter Landtagswahlflugblatt von 1889. Es bedeutete eine Abweichung von der in der württembergischen SAP vorherrschenden klassenkämpferischen Wahlagitation. Stern plädierte hier nämlich für soziale Reformen auf friedlichem Weg und forderte die Beseitigung der Übermacht des Kapitals, aber nicht die Abschaffung des Kapitalismus überhaupt. Er trat für staatliche Förderungsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft ein, erhob aber nicht gleichzeitig die sozialdemokratische Parteiforderung nach Vergesellschaftung von Grund und Boden.

Mit dem Staat haben die württembergischen Sozialdemokraten während der Zeit unter dem Sozialistengesetz nur auf solchen Gebieten kooperiert, die mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter direkt oder indirekt zusammenhingen. So kam es beispielsweise zwischen führenden Sozialdemokraten innerhalb des Stuttgarter Schreiner-Fachvereins und dem für Stuttgart zuständigen Fabrikinspektor, Oberregierungsrat von Diefenbach, zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit, in deren Verlauf dieser 1888 sogar einen öffentlichen Vortrag in einer Versammlung des als sozialdemokratisch bekannten Schreiner-Fachvereins hielt. Gute Erfahrungen machten die Stuttgarter Sozialdemokraten auch mit dem von der Stadt Stuttgart ernannten Vorsitzenden des 1887 eingerichteten kommunalen gewerblichen Schiedsgerichts, dem

Stuttgarter Verwalter Emhardt. Dieser war zuvor Polizist gewesen, weswegen die Sozialdemokraten ihm zunächst mißtrauisch gegenüber gestanden waren. Doch nach kurzer Zeit würdigten sie Emhardts Tätigkeit allgemein und lobten besonders, daß er in dem von Arbeiter- und Arbeitgebervertretern paritätisch besetzten Schiedsgericht als neutraler Vorsitzender ein überraschend großes Verständnis für die Interessen der Arbeiter zeige. Offizielle Kontakte zwischen der württembergischen sozialdemokratischen Partei und dem Staat konnte es naturgemäß erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes und damit nach Aufhebung des Parteiverbots geben. Auch darf nicht übersehen werden, daß die grundsätzliche Ablehnung des bestehenden Staats durch die Sozialdemokraten durch die vorgenannte punktuelle Zusammenarbeit nicht im geringsten berührt wurde.

Eine Ausnahme machten die sozialdemokratischen Gemeinderäte in Eßlingen. Sie beteiligten sich 1888 am Trauerzug für den verstorbenen Kaiser Friedrich III. und demonstrierten damit ihre Integration in die Eßlinger gutbürgerliche Gesellschaft, und dies zu einer Zeit, da ja die sozialdemokratische Partei noch durch ein vom Kaiser unterschriebenes Gesetz verboten war! Obendrein hatten die Eßlinger sozialdemokratischen Gemeinderäte 1888 mit ihren bürgerlichen Gemeinderatskollegen zusammen für das Fortbestehen der kommunalen Konsumsteuer und die Beibehaltung des Volksschulgelds gestimmt. Damit verstießen sie gegen kommunalpolitische Grundsatzforderungen der SAP. In den Jahren darauf entzweiten sich die Eßlinger Sozialdemokraten wegen des Opportunismus ihrer Genossen im Gemeinderat so sehr, daß sie schließlich mit zwei konkurrierenden sozialdemokratischen Listen bei den Kommunalwahlen auftraten.

Bei Kommunalwahlen gingen die Sozialdemokraten in Württemberg stets Bündnisse mit der Volkspartei ein. Nicht selten stellten sie auf gemeinsamen Listen auch parteilose, zur Sozialdemokratie tendierende Kandidaten auf. Sie konnten damit im Lauf der achtziger Jahre zahlreiche Sitze im Ge-

meinderat und auch im Bürgerausschuß gewinnen, vor allem in Eßlingen und Cannstatt, aber auch in Heilbronn, Schwäbisch Hall, Besigheim und Feuerbach. In Stuttgart konnten die Sozialdemokraten erst in den neunziger Jahren kommunale Mandate erringen, weil die Volkspartei dort stets mit den anderen bürgerlichen Wahlvereinigungen kooperierte.

Bei den Reichstagswahlen stellte sich die Frage der Wahlhilfe zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei vollständig anders, weil das Reichstagswahlrecht reines Mehrheitswahlrecht war. Im ersten Wahlgang verzichtete die württembergische SAP während der Jahre unter dem Sozialistengesetz in keinem einzigen Fall auf eine eigene Kandidatur zugunsten eines Volkspartei-Kandidaten. In Stichwahlen war die Volkspartei vielfach auf die Wahlhilfe der Anhänger der Sozialdemokratie angewiesen, um gegen die liberal-konservativen Parteien zu Mandatsgewinnen zu kommen. Über diese Frage kam es mehrfach zu innerparteilichen Kontroversen in der württembergischen SAP. Radikale Sozialdemokraten forderten, die Volksparteikandidaten nicht mehr, wie in der Zeit vor dem Sozialistengesetz durchweg üblich, zu unterstützen. 1880 wurde in einer württembergischen Korrespondenz im "Sozialdemokrat" sogar gefordert, die Volkspartei müsse bedingungslos bekämpft werden, damit ihr Auflösungsprozeß beschleunigt werde. Dem widersprach Eduard Bernstein in einer Entgegnung und bezeichnete es als "schlimmste Gefühlspolitik", wenn Sozialdemokraten nur, um die Volkspartei zu bekämpfen, in Stichwahlen einen liberal-konservativen Kandidaten wählen würden. Der württembergischen SAP kam es bei den Stichwahlen in erster Linie darauf an, Gegner des Sozialistengesetzes in den Reichstag zu wählen. Auch konnte sie von den Abgeordneten der Volkspartei ein konsequentes Eintreten für die strikte Beachtung des Prinzips der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz erwarten und damit strikte Opposition bei allen Versuchen, die Sozialdemokraten oder andere "innere Feinde" durch Ausnahmegesetze zu diskriminieren. Ein weiterer Grund für die Unterstützung der Volkspartei-Kandidaten war das uneingeschränkte Eintreten ihrer Partei für volle

Verwirklichung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und damit für uneingeschränkte Handlungsfreiheit der sozialistischen Gewerkschaften. Zudem stand die Volkspartei, zumindest nach ihrem Programm, ebenso wie die Sozialdemokratie in grundsätzlicher Opposition zum bestehenden undemokratischen Staat. Sie war diejenige bürgerliche Partei im Reich, die der Sozialdemokratie am nächsten stand. Trennend waren allerdings die einander diametral entgegengesetzten sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele beider Parteien. Die Volkspartei war Verfechterin des Wirtschaftsliberalismus. So lehnte sie z.B. von Unternehmern und Arbeitern paritätisch besetzte Gremien aus prinzipiellen Gründen ab. Die württembergischen Sozialdemokraten verweigerten der Volkspartei ihre Wahlhilfe in Stichwahlen während der Jahre unter dem Sozialistengesetz in keinem einzigen Fall. So gaben sie bei der Reichstagswahl von 1890 in fünf württembergischen Wahlkreisen den Ausschlag für die Wahl des Volkspartei-Kandidaten. In Stuttgart, wo der Sozialdemokrat Karl Kloß in die Stichwahl gekommen war, setzte sich die Volkspartei nur halbherzig für seine Wahl ein. Einige ihrer führenden Mitglieder, darunter die Gebrüder Haußmann, verkündeten öffentlich ihre Stimmenthaltung und begünstigten damit den Wahlsieg des bürgerlichen liberal-konservativen Kandidaten. Radikale Sozialdemokraten wie Georg Baßler forderten nach der Niederlage von Kloß in der Stichwahl das Ende jeglicher Wahlhilfe für die Volkspartei und verlangten, die Sozialdemokratie müsse eine ganz und gar selbständige Partei werden. Dies war sie in den Jahren während des Sozialistengesetzes in Wirklichkeit längst geworden.

Seit der Reichstagswahl von 1877, bei der die SAP in Württemberg mit rund 9 900 Stimmen einen prozentualen Anteil von 4 % errungen hatte, hatte sie unter dem Sozialistengesetz nach anfänglichen Rückschlägen in ihren Zentren Massenanhängerschaft gewinnen und in fast allen Wahlkreisen feste Stützpunkte errichten können. So konnte sie bei der Reichstagswahl von 1890 in Württemberg mit knapp 27 000 Stimmen einen prozentualen Anteil von rund 9 % der gültigen Stimmen

erringen. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen für das bedeutende Wachstum der Mitgliederzahlen in Partei und Gewerkschaften und für die Entwicklung zur proletarischen Klassenbewegung der folgenden Jahrzehnte. Seit der Reichstagswahl von 1887 standen ausreichend heimische Kandidaten zur Verfügung, und auf außerwürttembergische Zählkandidaten konnte verzichtet werden. Mit dem Journalisten Jacob Stern und den beiden Apothekern Lutz und Agster hatten sich in den achtziger Jahren Angehörige der bürgerlichen Intelligenz der Partei angeschlossen, die nicht nur eine umfangreiche Vortragstätigkeit entwickelten, sondern sich auch wachsender Popularität erfreuten. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes nannte sich die Partei Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). In der württembergischen SPD gewannen in den neunziger Jahren allmählich die Reformisten die Oberhand, während die Marxisten, die noch um 1890 die Theorie und Praxis der Partei entscheidend bestimmt haben, immer mehr in eine Minderheitsposition innerhalb der Partei gerieten.

Die Sozialdemokratie hielt auch nach 1890 an ihrem Ziel der parlamentarisch-demokratischen Republik fest. Die bürgerlichen Demokraten der Volkspartei dagegen hatten bereits in den achtziger Jahren dieses Ziel in ihrer politischen Praxis über Bord geworfen. Die Sozialdemokraten kritisierten daher die fortschreitende Anpassung der Volkspartei an das herrschende politische System und hielten ihr vor, sie werde ihrem Programm untreu. Insbesondere kritisierten sie, daß die Volkspartei während der achtziger Jahre immer monarchiefreundlicher wurde. In den neunziger Jahren entwickelte sich die Volkspartei zur stärksten Partei in Württemberg. Nach der Landtagsreform von 1906 hatten sich ihre Energien weitgehend erschöpft, die auf eine Demokratisierung des immer noch keineswegs demokratischen politischen Systems in Württemberg und im Reich gerichtet waren. Danach blieb die SPD - so Wilhelm Keil 1907 - als einzige Partei in Württemberg übrig, die weiterhin kompromislos für eine parlamentarisch-demokratische Republik eintrat. Obgleich Württemberg eher zu den liberalen Staaten des Reichs zu zählen

war, so blieben auch hier die politischen Parteien des Bürgertums nicht verschont vom Verfall ihrer liberalen und demokratischen Prinzipien.